



BASis Info 03/2026

Neues von der Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

Foto: photothek

Liebe Leserin, lieber Leser,

am vierten Jahrestag des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine war der ukrainische Botschafter Oleksii Makeiev im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion zu Gast. Wir haben gemeinsam der Opfer gedacht, aber auch den Durchhaltewillen, die Stärke und den Zusammenhalt der ukrainischen Gesellschaft gewürdigt.

Der völkerrechtswidrige russische Angriff auf die Ukraine markiert eine Zäsur für Europa: Spätestens durch die am 24. Februar 2022 gestartete Vollinvasion hat Russland der europäischen Friedensordnung den Boden entzogen und die regelbasierte internationale Ordnung in ihren Grundfesten erschüttert. Im Deutschen Bundestag wurde der Koalitionsantrag „Frieden und Sicherheit in Europa verteidigen – Solidarität mit der Ukraine zum Jahrestag des russischen Angriffskrieges“ verabschiedet.

Die Welt blickt in diesen Tagen auf den Iran. Viele Menschen in Deutschland und weltweit verbinden die aktuellen Entwicklungen mit der Hoffnung auf ein Ende der Gewaltherrschaft des iranischen Regimes und der jahrzehntelangen Unterdrückung. Die Sehnsucht nach Freiheit und Selbstbestimmung für die Menschen im Iran ist deutlich zu spüren. Auch die iranische Community erlebt dieser Zeit starke, oft widersprüchliche Gefühle— zwischen Hoffnung und großer Sorge um Angehörige und um die Zukunft des Landes.

Die aktuellen Entwicklungen rund um die Angriffe auf den Iran sind höchst beunruhigend. Krieg bringt immer Tod und Leid über unschuldige Menschen. Oberste Priorität muss daher für alle Seiten der Schutz der zivilen Bevölkerung haben. In einer ohnehin von Gewalt und Instabilität geprägten Region besteht die reale Gefahr einer weiteren Eskalation. Es gilt jetzt, die Situation genau zu beobachten und einen Flächenbrand mit allen diplomatischen Mitteln zu verhindern. Es braucht dringend einen Plan für den Tag danach. Das iranische Volk verdient es, selbst über seine Zukunft zu bestimmen.

Hierzulande sind die Preissteigerungen bei Gas, Öl und Benzin für viele Menschen ein ernstzunehmendes Problem. Es darf nicht sein, dass sich Mineralölkonzernge angesichts der dramatischen Lage im Iran nun auf Kosten der Verbraucherinnen und Verbraucher bereichern. Das Bundeskartellamt muss hier genau hinschauen und, wenn sich kartellrechtliche Verstöße zeigen, entschlossen einschreiten. In den letzten Monaten haben wir zahlreiche Entlastungen für bezahlbare Mobilität durchgesetzt – von Förderungen für Elektroautos über die erhöhte Pendlerpauschale bis zum Erhalt des Deutschland-Tickets. Es dürfen nun nicht wieder größere Belastungen entstehen, die die bisherigen Erfolge untergraben.

Herzliche Grüße
Bärbel Bas



Tariftreuegesetz: Mehr Tarifbindung, mehr Lohngerechtigkeit

**500 Milliarden –
nur für faire Löhne!**

Wir investieren massiv in die Infrastruktur unseres Landes. Wer solche Aufträge des Bundes erhält, muss Tarif-Standards einhalten. Damit sorgen wir dafür, dass die Beschäftigten ordentlich bezahlt werden.

Deutschland zahlt Tarif.
Mit unserem **#Tariftreue**-Gesetz!

SPD Fraktion im
Bundestag

Mit dem Bundestariftreuegesetz, das der Bundestag am 26. Februar beschlossen hat, verknüpfen wir das 500-Milliarden-Euro-Sondervermögen für Investitionen mit fairen Löhnen und guten Arbeitsbedingungen.

Wer Bundesaufträge erhält, muss Tarifstandards einhalten – vom Hauptauftragnehmer bis zum Subunternehmen. So beenden wir Lohndumping, stärken die Tarifbindung und schaffen faire Wettbewerbsbedingungen für verantwortungsvolle Unternehmen.

Gleichzeitig sorgen wir für eine unbürokratische Umsetzung: Nachweise lassen sich mit vorhandenen Unterlagen erbringen, Zertifizierungen schaffen zusätzliche Entlastung.

Unser Ziel ist klar: Deutschland zahlt Tarif – zum Vorteil von Beschäftigten, Arbeitgebern und einer starken Wirtschaft.

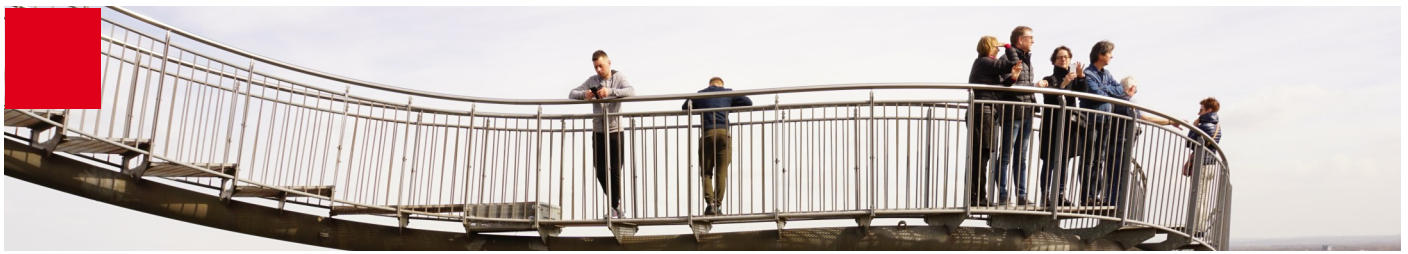
GEAS-Reform: Migration europäisch denken und lösen

Migration und alle damit zusammenhängenden Fragen können wir nicht nationalstaatlich lösen, sondern nur gemeinsam mit unseren Partnern auf europäischer Ebene. Über 120 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Ein kleiner Teil davon ersucht in der EU Schutz. Das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) ist die Grundlage, um EU-weit hohe Verfahrensstandards und humanitäre Aufnahmebedingungen zu garantieren, die Gewährung internationalen Schutzes insgesamt zu steuern und zu ordnen und irreguläre Migration zu begrenzen.

Wir sind – wie alle Mitgliedstaaten – verpflichtet, unser Recht an das neue europäische Asylsystem anzupassen. Deshalb ist es gut und wichtig, dass wir die GEAS-Anpassungsgesetze in der vorletzten Woche im Bundestag beschlossen haben. Bei Anpassungen im nationalen Recht haben wir darauf

geachtet, den begrenzten Spielraum gut zu nutzen. Im parlamentarischen Verfahren konnten wir ein gutes Gesamtkonzept erarbeiten, mit einem Fokus auf Kindern und Familien, denen wir den größtmöglichen verfahrensrechtlichen Schutz zukommen lassen.

Bei GEAS geht es um konsequente Registrierung, geordnete Verfahren, gute Aufnahmebedingungen, ein wirksames Menschenrechtsmonitoring und die Durchsetzung der vorgesehenen europäischen Verteilung mit einem Solidaritätsmechanismus. Es geht vor allem auch um einen menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten, die ihr Verfahren in einem anderen EU-Land führen müssen. Mit GEAS werden die Asylsysteme der EU-Mitgliedstaaten weiter angebahnt, damit jede Asylbewerberin und jeder Asylbewerber gleichbehandelt wird.



Auftakt Grundsatzprogramm: Zusammen Zukunft schreiben

Die Sozialdemokratie war immer dann stark, wenn sie den Mut hatte, Wandel zu gestalten. Nicht aus Anpassung, sondern aus Verantwortung. Auch heute ist klar: Veränderung ist kein Schicksal. Sie ist politisch gestaltbar, wenn wir Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität neu denken und zusammenbringen.

Machtkonzentration, Ungleichheit oder fehlende Teilhabe müssen wir nicht hinnehmen. Sie sind von Menschen gemacht – und können von uns verändert werden.

Egal welche Fliehkräfte wirken, wir machen Politik, die unsere Gesellschaft zusammenhält. Damit alle Menschen ein sicheres, freies und selbstbestimmtes Leben führen können. Denn: Zukunft ist kein fertiger Text. Wir schreiben sie gemeinsam.

Wir als SPD wollen Antworten für eine Zeit geben, in der sich vieles neu sortiert: Wie wollen wir als Gesellschaft zusammenleben? Wie sollen Deutschland und Europa aufgestellt sein? Wie sorgen wir dafür, dass Fortschritt allen zugutekommt? Unser Fokus liegt auf neuem Aufschwung, Bezahlbarkeit und Chancengleichheit. In der Debatte darum werden wir mit unserem neuen Grundsatzprogramm Orientierung geben.

Neue Grundsicherung: Solidarität und Eigenverantwortung

Mit der in der vergangenen Woche vom Bundestag beschlossenen neuen Grundsicherung werden Solidarität und Eigenverantwortung neu ausbalanciert. Wer Hilfe braucht, bekommt sie – verlässlich und ohne bürokratische Hürden. Wer sich dauerhaft verweigert, muss Konsequenzen tragen. Beides gehört zusammen, beides gilt.

Was wir erreicht haben: Familien mit Kindern werden bei den Wohnkosten besser geschützt. Und niemand fällt durchs Raster durch einen realitäts-

Und wir werden uns auch als SPD erneuern. Veränderung gestalten wir gemeinsam vor Ort. Darum entwickeln wir unser neues Grundsatzprogramm bis 2027 mit breiter Beteiligung. Mitmachen können alle, die unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität teilen, nicht nur Parteimitglieder.

Egoistischen und nationalistischen Motiven setzen wir ein Gefühl des Zusammenhalts und der Solidarität entgegen. Als Gesellschaft sind wir immer dann am besten gefahren, wenn wir Dinge gemeinsam angepackt und für sozialen Ausgleich und Gerechtigkeit gesorgt haben.

Am 7. Februar ist der Programmprozess der SPD gestartet. In unseren Reden skizzierten Lars Klingbeil und ich, wie wir Freiheit und Gerechtigkeit im digitalen Zeitalter sichern, Innovation mit sozialem Zusammenhalt verbinden und Fortschritt für alle möglich machen wollen.

Die Veranstaltung und die Reden können Sie sich [hier](#) gerne anschauen.

nahen Erwerbsfähigkeitsbegriff, durch enge Begleitung von Langzeitarbeitslosen, durch gezielte Unterstützung von Eltern und durch verbesserte Reha- und Gesundheitsangebote. Bewährte Instrumente wie Kooperationsplan, Weiterbildungsgeld und sozialer Arbeitsmarkt bleiben erhalten.

Der Sozialstaat ist stark genug, um zu helfen – und er ist klar genug, um Missbrauch zu verhindern. Dieses Gleichgewicht haben wir erreicht.



Mein Tagebuch



Stahl ist das Rückgrat unserer Industrie. Er steckt in Autos, Brücken und Maschinen – und in über vier Millionen Arbeitsplätzen in Deutschland. Doch die Stahlindustrie steht unter massivem Druck: Hohe Energiepreise, unfaire Billigimporte und ein enormer Investitionsbedarf für den klimaneutralen Umbau gefährden Standorte und Arbeitsplätze.

Anfang Februar habe ich die Belegschaft von HKM bei ihrer Kundgebung vor dem Werkstor unterstützt. Die Beschäftigten brauchen Klarheit und Verlässlichkeit. Dafür stehen wir zusammen. Es geht um 3000 Arbeitsplätze und um die Zukunft eines zentralen Industriestandorts im Duisburger Süden.

Unser Ziel ist klar: Deutschland muss ein starker Stahlstandort bleiben – sozial, klimaneutral und wettbewerbsfähig.



Bis zum nächsten Mal –
ich freue mich drauf!

V.i.S.d.P.:

Bärbel Bas, MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/227-75607, Fax: 030/227-76607

baerbel.bas@bundestag.de, www.baerbelbas.de

Meine Datenschutzerklärung finden Sie hier:

<https://www.baerbelbas.de/kontakt/datenschutz.html>

Neues zum Schluss